

**OSZE-Konferenz über Antisemitismus und andere Formen der  
Intoleranz, Cordoba, 8-9 Juni 2005**

**Session 2 „Education on the Holocaust and on anti-Semitism“**

**Statement des Leiters der österreichischen Delegation, Botschafter  
Dr. Hans Winkler**

**Politische Bildung und LehrerInnenfortbildung zur Thematik  
„Nationalsozialismus und Holocaust“ in Österreich**

*Der Philosoph Theodor Adorno sagte im Jahr 1966: „Die Forderung, dass Auschwitz nicht noch einmal sei, ist die allererste an die Erziehung. Sie geht so sehr jeglicher anderen voran, dass ich weder glaube, sie begründen zu müssen, noch zu sollen. Ich kann nicht verstehen, dass man sich mit ihr bis heute so wenig abgegeben hat. Sie zu begründen, hätte etwas Ungeheuerliches angesichts des Ungeheuerlichen, das sich zutrug.“*

Auch wenn wir niemals sicher sein können, im Bereich der Erziehung zur Toleranz genug zu tun, und niemals sicher sein können, immer voll und ganz das Richtige zu tun, so sind in Europa und der übrigen Welt doch in den letzten Jahrzehnten große Anstrengungen unternommen worden, diesem mahnenden Ausspruch gerecht zu werden.

Die Konferenz von Stockholm über die Erinnerung an den Holocaust im Jahr 2000 war in diesem Zusammenhang ein Meilenstein. Sie hat mit der „Task Force for International Cooperation on Holocaust Education, Remembrance and Research“ ein einzigartiges Netzwerk von engagierten Regierungen, NGO's und anerkannten Experten begründet, das sich zum Ziel gesetzt hat, durch wissenschaftlich fundierte Arbeit ein klares Signal zu setzen: durch das Wachhalten der Erinnerung an die Verbrechen des nationalsozialistischen Regimes ziehen wir die Lehren für die Gegenwart und die Zukunft. Alle Formen des Antisemitismus sind unakzeptabel und müssen überall dort, wo die auftreten, bekämpft werden.

In Österreich ist seit dem Jahr 1978 die politische Bildung an allen Schultypen verankert, und zwar als Prinzip, das im täglichen Unterricht in möglichst vielen Unterrichtsgegenständen umzusetzen ist.

Im Lauf der Entwicklung des Konzepts der politischen Bildung bis heute haben die Menschenrechte, die Erziehung zur Toleranz, und das Lernen aus der Geschichte eine immer wichtigere Rolle gespielt. Sehr bedeutsam war hier die Errichtung der Einrichtung einer Servicestelle für Menschenrechtsbildung durch Unterrichtsministerium, Außenministerium und eine Menschenrechts-NGO, das Ludwig-Boltzmann Institut für Menschenrechte im Jahr 1997. Diese Servicestelle versorgt österreichische LehrerInnen mit Unterrichtsmaterialien und vermittelt ihnen Trainingsmöglichkeiten im Bereich Menschenrechte und Toleranzerziehung.

Ebenso bedeutsam war, ebenfalls im Jahr 1997, die Erklärung des 5. Mai, des Tags der Befreiung des Konzentrationslagers Mauthausen, zum Österreich weiten Gedenktag gegen Gewalt und Rassismus im Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus durch einstimmige EntschlieÙung des Nationalrates. In einem Erlass an alle Schulen heißt es dazu: *„Alle LehrerInnen sind aufgefordert, in den Schulen durch geeignete Maßnahmen der Opfer des Nationalsozialismus zu gedenken und sich mit den dem Nationalsozialismus zugrunde liegenden Denk- und Einstellungsmustern in ihrer demokratiegefährdenden Dimension auseinander zu setzen“*.

Um einen Einblick in die Aktivitäten im Rahmen der politischen Bildung zu geben: Für das laufende Schuljahr 2004/2005 bietet das Unterrichtsministerium den Schulen Unterlagen zu 46 verschiedenen politischen Themen an, darunter sind Themen wie „Flucht und Asyl“, „Frauenrechte-Menschenrechte“, „Gewalt und Rassismus“, „Roma und Sinti“, „Völkermorde im 20. Jahrhundert“ oder „Folgen des Nationalsozialismus“.

Das Jahr 2005 ist im Rahmen der politischen Bildung und Toleranzerziehung von besonderer Bedeutung. Einerseits weil die Gedenkfeierlichkeiten 1945-2005 einen besonderen Impuls zur Befassung mit Zeitgeschichte geben. Andererseits, weil der Europarat 2005 zum Jahr der politischen Bildung (European Year of Citizenship

through Education) erklärt hat. Österreich auf nationaler Ebene für jedes Monat dieses Jahres einen thematischen Schwerpunkt bestimmt, darunter „Demokratie lernen und leben“ (Jänner); „Demokratie und Minderheiten“: Zu Geschichte und Gegenwart von Roma und Sinti“ (Februar); Menschenrechte und Toleranz“ (November).

im spezifischen Bereich der Vermittlung von Wissen über die Shoah ist Österreich bemüht, die Qualität des Unterrichtsangebots an Schülerinnen und Schüler kontinuierlich zu steigern. Grundlage dafür ist eine kontinuierliche Entwicklung der Fortbildung der Lehrerinnen und Lehrer.

Das seit 2000 bestehende Trägerprojekt des Bundesministeriums für Unterricht in diesem Bereich „Nationalsozialismus und Holocaust: Gedächtnis und Gegenwart“ hat mehrere Besonderheiten:

- Es richtet sich nicht nur an LehrerInnen der Geschichte (für die die Befassung mit dieser Thematik ohnehin verpflichtend ist), sondern, auf freiwilliger Basis, an LehrerInnen *aller* Schultypen und *aller* Fächer, einschließlich GrundschullehrerInnen, KindergärtnerInnen und ErwachsenenbildnerInnen. Wobei sich das Prinzip der Freiwilligkeit insofern bewährt, als ständig mehr Anfragen um Teilnahme einlangen, als Kursplätze vorhanden sind.
- Das Projekt ist bestrebt, starke Bezüge zwischen dem Lernen über die Vergangenheit und dem Lernen für das gesellschaftliche Verhalten in Gegenwart und Zukunft herzustellen.
- Das Projekt wird auf drei Ebenen durchgeführt: Der Ebene der internationalen Kooperation, der nationalen Ebene und der lokalen Ebene.
- Kernstück der internationalen Kooperation ist die Zusammenarbeit mit der zentralen israelischen Holocaust Gedenk- und Forschungsstätte Yad Vashem und ihrer „International School for Holocaust Studies“. Seit dem Jahr 2000 nehmen jährlich jeweils etwa 50 österreichische LehrerInnen an einem zweiwöchigen

Fortbildungsseminar in Yad Vashem Teil. Damit sind Vor- und Nachbereitungsveranstaltungen in Österreich verbunden.

- Auf nationaler Ebene werden zentrale Seminare abgehalten, das sind jährlich stattfindende, mehrtägige Tagungen, in welcher sich VertreterInnen der relevanten wissenschaftlichen Fachrichtungen, wie Geschichte, Literaturwissenschaft oder Soziologie mit LehrerInnen treffen. Hier wird eine grundsätzliche Debatte um angemessenen Umgang mit dem Thema „Nationalsozialismus und Holocaust“ im österreichischen Bildungswesen geführt. Dabei wird auf die Bedeutung des Themas für die Gegenwart fokussiert, und auf die Möglichkeiten und Grenzen, die für eine Behandlung des Themas von Bedeutung sind.

- Auf lokaler Ebene findet die Fortbildung im Rahmen so genannter dezentraler Netzwerke statt. Diese bestehen aus WissenschaftlerInnen, Gedenkstätten, Museen und Vereinen, die sich lokalen Aspekten des Gedenkens an die nationalsozialistische Gewaltherrschaft in den österreichischen Regionen, den Bundesländern widmen. Hier wurde in den letzten Jahren und Jahrzehnten überaus viel Engagement der wissenschaftlichen „community“ und der Zivilgesellschaft entwickelt, und die LehrerInnen, die entsprechende Ausbildungsprogramme durchlaufen haben, verstärken diese „dezentralen Netzwerke“ laufend.

Das Einbringen der lokalen Dimension, das Erfahrbar-machen des Geschehenen an Hand der persönlichen Umgebung hat sich auch bei der Vermittlung der Lerninhalte an die junge Generation als äußerst wichtig und viel versprechend erwiesen. Wir haben dabei viel von anderen gelernt. Erwähnen möchte ich an dieser Stelle beispielhaft für viele andere bemerkenswerte Bemühungen die innovativen didaktischen Methoden der Gedenkstätte in Yad Vashem, des Holocaust Memorial Museum in Washington und des Museum of Tolerance des Wiesenthal Centers in Los Angeles. Viele Einzelprojekte sind in den letzten Jahren in den österreichischen Schulen entstanden, und in vielen Fällen haben SchülerInnen außerordentlich viel Eigeninitiative entwickelt. Sie haben die Geschichte ihrer Schule, ihres Ortes, ihres Stadtviertels, und besonders die persönliche Geschichte rassistisch oder politisch verfolgter SchülerInnen, LehrerInnen und EinwohnerInnen erforscht. Ehemalige Schüler der jeweiligen Schulen, die ins Exil gehen mussten, wurden zu

Vortragsveranstaltungen eingeladen. Für einige aus dem Kreis derjenigen, die die Schule wegen der Verfolgung nicht beenden konnten, wurden „Ehrenmaturafeiern“ abgehalten.

Das Interesse und das Engagement, das viele Angehörige der jungen Generation bei der persönlichen Begegnung mit der Zeitgeschichte an den Tag legen, gibt Hoffnung für die Zukunft.

Allerdings –und das möchte ich abschließend betonen - ist das Klassenzimmer nicht der einzige Ort, an dem die Erziehung zu Toleranz stattfinden muss. Auch die Familie, die Politik und die Zivilgesellschaft sind gefordert, ihre Beiträge zu leisten.